

KIK - FRAKTION im Kitzinger Stadtrat

KD. Christof Wolfgang Popp Thomas Steinruck mail: info@KIK2008.de

An die Damen und Herren
des Stadtrates Kitzingen
Herrn Oberbürgermeister Müller
Rathaus Kitzingen

25.03.2010

ANTRAG NR. 73-04-2010 Einbeziehung der Kitzinger Bürger in die Haushaltsberatung 2011 Einführung des Modelles >BÜRGERHAUSHALT< in der Stadt Kitzingen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Kommunale Initiative Kitzingen beantragt die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung eines Bürgerhaushaltes für das Jahr 2011 zu schaffen.

Das Modell Bürgerhaushalt hat sich in vielen Städten Deutschlands als hervorragendes Instrument der Teilhabe von Bürgern an der Aufstellung des Haushaltsplanes ihrer Stadt bewiesen. Allen wissenschaftlichen Abhandlungen zeugen davon und auch alle kommunalen Spitzenverbände sind sich in der Tatsache einig, dass die Bürger zukünftig an der Entwicklung der Stadtpolitik teilhaben müssen.

Nur durch eine direkte Beteiligung und durch eine Transparenz der Umstände können die Bürger die sicherlich komplizierte Materie und den Vorgang der Aufstellung eines Haushaltsplanes verstehen und nachvollziehen. Es hat sich erwiesen, dass in einem solchen Verfahren die Fachkompetenz der Bevölkerung von großem Nutzen bei der Bewältigung der anstehenden Entscheidungen sein kann. Darüber hinaus entsteht bei der Bürgerschaft durch das Verstehen der Hintergründe eines Haushaltes eine viel größere Akzeptanz der Stadtratsentscheidungen.

Was kann sich ein Stadtrat mehr wünschen als zufriedene Bürger?

Wir verzichten in unserem Antrag auf eine umfangreiche fachliche Erläuterung des Verfahrens und verweisen deshalb auf die zahlreichen Informationen, die unter dem Stichwort >>BÜRGERHAUSHALT<< im Internet zu finden sind

Das vielfach erprobte Verfahren des Bürgerhaushaltes beinhaltet eine Aufarbeitung und Visualisierung der verschiedenen Bereiche des städtischen Haushaltes sowie einige Erläuterungen durch die Kämmerlei gegenüber der Presse und der Öffentlichkeit. Ein Mehraufwand entsteht auch durch die Verarbeitung der eingehenden Vorschläge und Stellungnahmen.

KIK geht aufgrund der publizierten Erfahrungen davon aus, dass ein Mehraufwand von ca. 20.000,- Euro entstehen wird. Diese außerplanmäßigen Mittel können durch Nichtinanspruchnahme der veranschlagten Kosten bei >Planungsvorhaben für die Innenstadt< bereitgestellt werden.

Kitzingen hat sich mit der Genehmigung der Satzung zur Umsetzung des >Informationsfreiheitsgesetzes< als progressive Kommune in Deutschland platzieren können. Eine Zustimmung zur Einführung des >Bürgerhaushaltes< würde diese Linie der >transparenten Verwaltung Kitzingen< konsequent fortschreiben.

Wir bitten daher um Ihre Zustimmung!

KD.Christof
i.A. der KIK-Fraktion

Wir bitten Sie um eine schriftliche Eingangsbestätigung unseres Antrages 73-04-2010